

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zur Erklärung der Bundesregierung

Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß

- es heute statt Schrumpfung und Stagnation wieder Wirtschaftswachstum gibt und daß diese wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zunehmend an Dynamik und Breite gewinnt;
- die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen deutlich zugenommen hat;
- stabiler Geldwert an die Stelle trabender Inflation getreten ist;
- die Zinsen nachhaltig gesunken sind;
- Löhne und Einkommen real wieder zu- statt abnehmen;
- die Sanierung der öffentlichen Haushalte gut vorangekommen ist;
- die Tarifpartner durch maßvolle und problemgerechte Tarifabschlüsse eine wesentliche Verantwortung für die Arbeitsmarktentwicklung tragen;
- sich Verbesserungen immer mehr auch auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen:

Der rapide Anstieg der Arbeitslosigkeit der Jahre 1981 und 1982 ist gestoppt; gegenüber Januar 1983 gibt es heute über eine Million weniger Kurzarbeiter; die Zahl der Beschäftigten hat gegenüber dem Vorjahr um über 150 000 zugenommen.

2. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß

- die Bundesregierung entscheidende Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergriffen hat und damit wichtige Grundlagen geschaffen hat, Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation zu sichern;

- die Entlastungen der Unternehmen, insbesondere die Entlastungen von ertragsunabhängigen Steuern, die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe, die Verdoppelung des Verlustrücktrages, die Wiedereinführung von Sonderabschreibungen für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen und die vorgesehene Verbesserung der Abschreibungen für Wirtschaftsgebäude mit Grundlage für die Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Wachstums gelegt haben;
- die Bundesregierung mit ihrer Haushalts- und Finanzpolitik die Voraussetzungen für eine fühlbare Abflachung der Lohn- und Einkommensteuerprogression im Steuersenkungsgesetz 1986/88 und eine deutliche Verbesserung des Familienlastenausgleichs (Erhöhung der Kinderfreibeträge, Einführung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung und Einführung des Erziehungsgeldes bei erweitertem Kündigungsschutz) geschaffen hat;
- die Bundesregierung durch eine konsequente Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung, aber auch durch gezielte Fördermaßnahmen, insbesondere für Existenzgründungen und eine verbesserte Förderung der Forschungsaktivitäten, die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen nachhaltig verbessert hat;
- die Bundesregierung mit ihrer Stabilitätspolitik die Kaufkraft der Bürger erhöht und damit vor allem eine Politik zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Mitbürger betrieben hat;
- die Bundesregierung gezielt den Schwächeren in unserer Gesellschaft hilft durch
 - die Anhebung des Wohngeldes in einer bisher noch nicht dagewesenen Größenordnung,
 - die Anhebung der Sozialhilfe um den höchsten Steigerungssatz seit Mitte der 70er Jahre sowie
 - die Wiedereinführung des Kindergeldes für junge Arbeitslose.
- die Bundesregierung die arbeitsmarktpolitischen Instrumente nicht nur verstärkt, sondern auch intensiver und effektiver eingesetzt hat.

Dies gilt für

- die Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung,
- die Ausdehnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen,
- die im Zusammenwirken mit Industrie, Handel, Handwerk und freien Berufen innerhalb von zwei Jahren erreichte Steigerung der Zahl der Lehrstellen um 130 000 auf rund 1,8 Millionen,
- die Rückkehrförderung, von der 140 000 ausländische Arbeitnehmer Gebrauch gemacht haben,

- das Vorruhestandsgesetz, in dessen Rahmen die Tarifvertragsparteien für 275 000 Arbeitnehmer über 58 Jahre Regelungen zum Abschluß von Vorruhestandsverträgen getroffen haben,
 - das neue Beschäftigungsförderungsgesetz, durch das mehr Flexibilität im Arbeitsleben eröffnet und der Vielfalt der Arbeitszeitgestaltung eine Chance gegeben wird und das den Unternehmen erleichtert, neue Arbeitsverhältnisse zu schaffen und Überstunden nach Möglichkeit zu vermeiden,
 - die Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes in Einklang mit dem Gesundheitsschutz und den Ausbildungserfordernissen,
- die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen um ein Vielfaches mehr an nachfragesteigernden Konjunkturanstößen auslösen als in den Forderungen nach weiteren staatlichen Ausgabenprogrammen enthalten sind.

3. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß

- die Bundesregierung bei ihren Maßnahmen dem schwierigen Anpassungsprozeß im Baubereich Rechnung getragen hat. Dies gilt in besonderem Maße für das Gemeindeprogramm für Umweltschutzinvestitionen und Stadterneuerung;
- die Bundesregierung durch finanzielle Flankierung der Anschlußregelung zum Hüttenvertrag zwischen der deutschen Steinkohle und der Stahlindustrie sowie durch die neue EG-Beihilferegelung einer Entlassung von Bergleuten entgegenwirkt;
- die Bundesregierung im Rahmen der Regionalpolitik auch weiterhin ihren Beitrag zur Bewältigung von Strukturproblemen in besonders betroffenen Regionen leistet. Dies gilt insbesondere für Bremen, die Stahlstandorte, das Saarland und das Zonenrandgebiet sowie für Berlin;
- die Bundesregierung mit der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes eine Verbesserung der sozialen Situation älterer Arbeitsloser und eine Verstärkung der Instrumente beruflicher Qualifizierung vor allem zugunsten von jüngeren Arbeitslosen und von Frauen eingeleitet hat;
- die Bundesregierung den Dialog mit den Tarifpartnern zustande gebracht hat, denn mehr Beschäftigung und ein spürbarer Abbau von Arbeitslosigkeit können am besten in gemeinsamer Anstrengung und in sachlicher und fairer Zusammenarbeit aller Verantwortlichen im Wirtschaftsprozess bewältigt werden.

4. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß

- Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität, niedrige Zinsen und gesunde öffentliche Finanzen unerläßliche Voraussetzungen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind;

- die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für nachhaltige Verbesserungen auch auf dem Arbeitsmarkt geschaffen sind;
 - die vor uns liegenden beschäftigungspolitischen Herausforderungen mit qualifizierten Arbeitnehmern, von sozialer Partnerschaft geleitet, gesamtwirtschaftlich verantwortungsbewußten und auf sozialen Frieden bedachten Tarifvertragsparteien sowie dynamischen und einstellungsbereiten Unternehmern, bewältigt werden kann.
5. Der Deutsche Bundestag hält die Schaffung möglichst vieler wettbewerbsfähiger neuer Arbeitsplätze für das vorrangige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziel, zu dem alle Beteiligten (Unternehmen, Tarifpartner, Staat) im Rahmen ihrer Möglichkeiten beitragen müssen. Im Hinblick auf dieses Ziel ist weiterhin erforderlich:
- ein unbeirrtes Festhalten an dem marktwirtschaftlichen Kurs, der durch spürbare Fortschritte bei der Beseitigung staatlicher Reglementierungen, bei der Privatisierung staatlicher Dienstleistungen und bei der Veräußerung von Unternehmensanteilen im staatlichen Besitz abgesichert werden muß;
 - ein weiterer Abbau der leistungshemmenden steuerlichen Belastungen von Unternehmen und Arbeitnehmern, verbunden mit einem durchgreifenden Abbau staatlicher Subventionen;
 - gemeinsame Anstrengungen von Tarifpartnern, Wirtschaft und Staat zu dem Zweck, die Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik Deutschland nicht unvertretbar ansteigen zu lassen;
 - verstärkte Bemühungen der Unternehmen, insbesondere bei der Übernahme ausgebildeter Jugendlicher, bei der Schaffung von Teilzeitarbeitsverhältnissen und beim Abbau von Dauerüberstunden, der illegalen Leiharbeit und allen Formen der Schwarzarbeit.

Bonn, den 16. Oktober 1985

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion**